

Beschlussvorlage

EGem Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Vorlage Nr.: BV 0162/2024

öffentlich

Amt/Geschäftszeichen: Amt für Gemeindeentwicklung	Datum: 11.11.2024
Bearbeiter: Claudia Wittke	Wahlperiode 2024 - 2029

Beratungsfolge	Termin	Abstimmung	Ja Nein Enthaltung
Ortschaftsrat Weißewarte	28.11.2024	empfohlen	3 0 0
Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss	02.12.2024	nicht empfohlen	2 7 1
Stadtrat	11.12.2024		

Betreff: Antrag der Ortschaft Weißewarte gemäß § 85 Abs. 4 S. 2 KVG LSA zum Haushalt 2025 - hier Verkehrsüberwachungsanlage

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbürgermeister von Weißewarte stellt gemäß § 85 Abs. 4 S. 2 KVG LSA den Antrag, in den Haushalt 2025 Gelder für die Anschaffung eines Verkehrsüberwachungsgerätes mit Messfunktion einzustellen. Das Gerät soll in der der Ortschaft aufgestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen

Kosten des Vorhabens	Mittel bereits veranschlagt			Deckungsvorschlag (wenn nicht veranschlagt)
	Ja	X	Nein	
je Gerät				
	Jahr 2025			
Ca. 2.500 EUR	Produkt-Konto:			
ggf. Stellungnahme Kämmerei				

Andreas Brohm
Bürgermeister

Siegel

Begründung:

Die Ortschaft Weißewarte beantragt eine Geschwindigkeitsanzeige mit Messfunktion für die Ortschaft käuflich zu erwerben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Einheitsgemeinde erhielt Anfang des Jahres ein Verkehrsüberwachungsgerät mit Messfunktion von der Avacon leihweise.

Die Auswertung der Daten erhielten Sie mit der FreitagInfo vom 25.10.2024, als Präsentation. Diese hatten wir auch im Bauausschuss vorgestellt.

Bereits in der Sitzung des Bauausschusses äußerte sich der Ortsbürgermeister von Weißewarte, Herr Radtke, dass er hier für seine Ortschaft auch einen Bedarf sieht.

Da bereits mehrere Ortschaften ein Verkehrsüberwachungsgerät für ihre Ortschaft angefragt haben, eine solche Anschaffung aber unter die freiwilligen Aufgaben einer Kommune gezählt wird, ist es in der Haushaltssperre nicht möglich solche Geräte durch die Kommune anzuschaffen.

Es ist davon auszugehen, dass die Installation solcher Geräte die Autofahrer mehr disziplinieren und an die Geschwindigkeitseinhaltung appellieren.

Angedacht werden könnte vom Stadtrat eine 50% Beteiligung der Einheitsgemeinde an einer solchen Anschaffung. So dass die Ortschaften, die eine solche Verkehrsüberwachung wünschen ebenfalls mit 50% an den Kosten beteiligt werden.